

Mainz, im August 2018

„Für mehr Sicherheit und Respekt in Bus und Bahn“

Eine Initiative des EVG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Mainzer Erklärung

des EVG-Landesverbandes in Rheinland-Pfalz

Wir erleben auch in Rheinland-Pfalz ständig eine Zunahme von Gewalt im öffentlichen Raum. Dies betrifft insbesondere auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsunternehmen. Wir, der Landesverband der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), nehmen das nicht hin. Wir fordern die Landesregierung, die Verkehrsverbünde und die Unternehmen im Land auf, endlich gemeinsam mit uns gegen die zunehmende Gewalt vorzugehen.

Gewalttaten steigen rasant an – allein im Mai wurden 105 Übergriffe auf Mitarbeiter/innen im Regionalverkehr der Deutschen Bahn gemeldet. Die Zahl leichter und schwerer Körperverletzungen gegenüber Beschäftigten der DB AG hat sich bundesweit in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Dieser Trend ist auch in allen anderen Verkehrsunternehmen festzustellen. Diese Entwicklung hat nicht nur Einfluss auf das Sicherheitsempfinden unserer Kolleginnen und Kollegen, sondern auch auf das der Fahrgäste.

Der EVG Landesverbandesvorstand Rheinland-Pfalz fordert die Verantwortlichen im Interesse der Beschäftigten und Fahrgäste in den Dialog einzutreten. Hierfür bieten wir als Grundlage den **7-Punkte-Plan für mehr Sicherheit und Respekt**.

- 1 Kein Wettbewerb auf Kosten der Sicherheit**
- 2 100-prozentige Besetzung der Züge mit Zugbegleiter/innen**
- 3 Stärkere Polizeipräsenz an Bahnhöfen und Zügen**
- 4 Ausweitung des § 114 StGB auf Mitarbeiter/innen im ÖPNV/SPNV**
- 5 Zentrale Datenbank zur Erfassung aller landesweiten Vorfälle**
- 6 Mehr Ausbildung und Qualifikation**
- 7 Stärkung der Zivilcourage**

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Landesverband Rheinland-Pfalz • Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz • www.veg-online.org • mainz@veg-online.org



Wir leben Gemeinschaft



1 Kein Wettbewerb auf Kosten der Sicherheit.

Bei Vergabeverfahren für Verkehrsleistungen fordern wir von den Zweckverbänden und Aufgabenträgern der Kommunen qualifizierte Sicherheitskonzepte.

Wir sind der Auffassung, dass bei Ausschreibungen von Verkehrsverträgen dem Aspekt „Sicherheit“ insgesamt immer noch zu wenig Rechnung getragen wird. Deshalb müssen einheitliche Standards für die Sicherheitsdienstleistungen sowie z.B. für die Videotechnik und den Einsatz von Bodycams geschaffen und umgesetzt werden. Zudem bedarf es bei Ausschreibungen Mindeststandards bei der Ausbildung von Zugbegleiter/innen.

2 100-prozentige Besetzung der Züge mit Zugbegleiter/innen

Um das Sicherheitsgefühl der Reisenden zu stärken, fordern wir eine 100-prozentige Besetzung mit Zugbegleiter/innen aller Züge in Rheinland-Pfalz.

Dabei setzt Sicherheit in Zügen und Bussen voraus, dass gleichzeitig auch die Sicherheit der Beschäftigten garantiert wird. Vor allem in den Abendstunden und an Wochenenden sowie bei Veranstaltungen besteht ein erhöhtes Risiko – hierfür fordern wir eine Doppelbesetzung mit Zugbegleiter/innen.

3 Stärkere Polizeipräsenz an Bahnhöfen und Zügen

Wir fordern vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine Aufstockung des Personals der Bundespolizei an Bahnhöfen und Zügen.

Viele Dienststellen an den Bahnhöfen und Reviere der Bundespolizei in Rheinland-Pfalz sind unterbesetzt oder tageweise gar nicht besetzt. Dabei geschehen Vorfälle nicht nur in Hauptbahnhöfen, sondern auch auf der Strecke. Bis zum Eintreffen der Polizei vergeht in vielen Fällen oft zu viel Zeit. Gerade Zugbegleiter/innen sind in Notsituationen meist auf sich alleine gestellt. Das ausgedünnte Netz an Dienststellen der Bundespolizei macht eine flächendeckende Präsenz dieser unmöglich. Hier muss dringend gehandelt werden.

4 Ausweitung des § 114 StGB auf Mitarbeiter/innen im ÖPNV/SPNV

Die jüngste Gesetzesänderung im § 114 StGB („Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“) ist eine Antwort auf die zunehmende Gewalt speziell gegen Vollstreckungsbeamte/innen der Polizei und gegen Feuerwehrleute sowie Rettungskräfte. Mit dem Strafrechtsparagrafen wird die gezielte Aggression gegen diese Beschäftigten als Repräsentant/innen des Staates sanktioniert.

Der EVG-Landesverbandesvorstand Rheinland-Pfalz unterstützt die Gewerkschaft der Polizei (GdP), weist aber gleichzeitig darauf hin, dass diese besondere Gefahrensituation auch auf andere Beschäftigte des öffentlichen Raumes zutrifft. Dies gilt insbesondere für unsere Kolleg/innen der Verkehrsbetriebe.

Deshalb fordern wir eine Ausweitung des § 114 StGB auf die Beschäftigten im SPNV/ÖPNV, damit ein besserer gesetzlicher Schutz auch für diesen Personenkreis gewährleistet werden kann.

5 Zentrale Datenbank zur Erfassung aller landesweiten Vorfälle

Weiter fordern wir von der Landesregierung Rheinland-Pfalz die Einrichtung einer zentralen Datenbank zur Erfassung aller Vorfälle.

Um ein einheitliches Lagebild über die Sicherheit in den Zügen, Bussen und an den Verkehrsstationen zu erhalten, braucht es die Verpflichtung aller im SPNV/ÖPNV tätigen Verkehrsunternehmen, Übergriffe auf Beschäftigte zeitnah zu melden. Mit den gesammelten Daten lassen sich regionale Schwerpunkte erkennen und Handlungsbedarfe ableiten.

6 Mehr Ausbildung und Qualifikation

Wir fordern von den Verkehrsunternehmen regelmäßig qualifizierte Schulungen aller Mitarbeiter/innen mit Kundenkontakt besonders bei der Einschätzung von und im Umgang mit Gefahrensituationen.

Wir sind für eine Verbesserung der Ausbildung von Zugbegleiter/innen, Busfahrer/innen und stationärem Personal, insbesondere mit Bezug auf Selbstschutz und Sicherheit für Reisende. Deeskalationsschulungen müssen den neuen Herausforderungen angepasst und in ihrer Häufigkeit intensiviert werden.

7 Stärkung der Zivilcourage

Die oft gemachte Beobachtung, dass Beschäftigte von Verkehrsunternehmen und Reisende, die in aller Öffentlichkeit von Gewalt bedroht sind, keine Hilfe erhalten, sondern dass stattdessen wegesehen wird, macht betroffen.

Wir werben für eine Kultur des respektvollen Umgangs und Miteinanders von Fahrgästen und Beschäftigten. Dafür tritt die EVG Rheinland-Pfalz in einen öffentlichen Dialog ein. Gegenseitige Aufmerksamkeit und Zivilcourage ist der erste Beitrag, den jeder Einzelne sofort leisten kann.

Gemeinsames Ziel der Beteiligten muss sein, allen Beschäftigten ein möglichst gewaltfreies und respektvolles Arbeitsumfeld in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen!

Wir fordern von der Landesregierung Rheinland-Pfalz und allen Aufgabenträgern für ÖPNV-Leistungen, diese Sicherheit für die Zukunft zu garantieren.

Auch bei bereits bestehenden Verkehrsverträgen mit den Bahn- und Busunternehmen müssen - unter Einbeziehung der zuständigen Gewerkschaft und der Betriebsräte - konkrete Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vereinbart und deren Finanzierung sichergestellt werden.

Guten ÖPNV gibt es nur, wenn die Mitarbeiter/innen vor Übergriffen geschützt werden.

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Landesverband Rheinland-Pfalz • Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz • www.evg-online.org • mainz@evg-online.org



Wir leben Gemeinschaft

